



BILANZBETRUG

Wirecard scheidet zum 24. August aus DAX aus



(Bild: APA/AFP/Christof Stache)

Der Finanzdienstleister Wirecard scheidet nach dem milliardenschweren mutmaßlichen Bilanzbetrug zum 24. August aus dem DAX aus. Als Nachfolger steigt der im M-Dax gelistete Essenslieferdienst Delivery Hero in den DAX auf, wie die Deutsche Börse am Mittwochabend mitteilte. Wirecard hatte Ende Juni Insolvenz angemeldet.

Wirecard hatte im September 2018 den Platz der Commerzbank im DAX übernommen. In diesem Juni räumte das Unternehmen Luftbuchungen von 1,9 Milliarden Euro ein. Die Münchner Staatsanwaltschaft geht mittlerweile von einem „gewerbsmäßigen Bandenbetrug“ bei dem Unternehmen aus, und zwar seit 2015. Ex-Chef Markus Braun sitzt in Haft, Vorstandsmitglied Jan Marsalek - wie Braun ein Österreicher - ist auf der Flucht.

Der Ausschluss von Wirecard ergibt auch Änderungen in den anderen Indizes: Im Tec-Dax rückt LPKF Laser & Electronics auf, der Anlagenbauer Aixtron steigt in den M-Dax auf und der Baumarkt Hornbach in den S-Dax. Der erste Handelstag in der neuen Zusammensetzung ist der kommende Montag.

Die Deutsche Börse hatte vor einer Woche nach einer Umfrage unter Marktteilnehmern neue Regeln für einen Rauswurf insolventer Konzerne aus dem deutschen Leitindex bekannt gegeben. Künftig sollen insolvente Dax-Konzerne umgehend aus dem Dax ausgeschlossen werden. Zudem werden die betroffenen Unternehmen für ein Jahr aus dem Dax ebenso ausgeschlossen wie aus dem S-Dax, dem M-Dax und dem TecDAX. Auch für diese Indizes der Deutschen Börse soll die Reform gelten.





Die Flucht von Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek würde genügend Stoff für einen Film bieten. (Bild: APA/AFP/Christof Stache, Wirecard, krone.at-Grafik)

Erste Klage gegen Ex-Chef Braun in Österreich

Kurz zuvor war am Mittwoch in Österreich eine erste Anlegerklage gegen [Wirecard](#) eingebracht worden. „Aufgrund der Vielzahl an geschädigten österreichischen Anlegern“ haben heimische Anwälte gemeinsam mit deutschen Partnern eine Gruppenintervention initiiert. Die Klage richtet sich gegen den aus Österreich stammenden früheren Wirecard-Chef Markus Braun. Auch die Rolle von heimischen Banken wird beleuchtet.

„Die Klage gegen [Ex-CEO Braun](#) ist eine flankierende Maßnahme zu den in Deutschland zu verfolgenden Ansprüchen, insbesondere gegen den Wirtschaftsprüfer“, erläuterte Roman Taudes von der Kanzlei Aigner, Lehner, Zuschin und Partner am Mittwochabend. „Durch die Kooperation im Rahmen der Gruppenintervention soll sichergestellt werden, dass die Ansprüche sowohl in Deutschland als auch in Österreich zielführend verfolgt werden und die geschädigten Anleger einen lokalen Ansprechpartner haben.“



Der ehemalige Wirecard-Chef Markus Braun (Bild: AP)

„Wie sich zwischenzeitig auch herausgestellt hat, haben auch jene österreichischen Banken, die der Wirecard AG Kredite gegeben haben, ihren Kunden Investitionen in Wirecard (etwa Anleihen der Wirecard AG oder Zertifikate mit Wirecard als Basiswert) empfohlen“, so Aigner. „Ob bei diesen Beratungen ein haftungsbegründender Interessenskonflikt vorlag, wird im Einzelfall geprüft.“

Geld plus Zinsen zurück

Der Kläger will sein in Wirecard-Aktien investiertes Geld samt vier Prozent Zinsen zurück und will dafür seine Aktien zurückgeben. Braun habe „rechtswidrig und schuldhaft“ gehandelt - er müsste im Speziellen für unrichtige Informationen über die wahren Finanz- und Wirtschaftsdaten der Wirecard AG haften. Zur Summe die verlangt wird, wollten die Anwälte keine Angabe machen. Eingebracht wurde die Klage beim Bezirksgericht Kitzbühel in Tirol.

krone.at